

Leitartikel

Interstellare Asylpolitik

Die Abschiebung von gut integrierten Asylwerbern offenbart die Unvernunft der Politik. Alles, was sie zu Recht fordert, tritt sie letztlich mit Füßen. Und die Grünen agieren wie eine außerparlamentarische Opposition, nicht wie eine Regierungspartei.

Von Peter Nindler

Mehr Integration geht nicht. Mit diesen Worten würdigte ein Richter des Bundesverwaltungsgerichts den Eifer eines geflüchteten Pakistani. Er lebt in Osttirol, wegen seiner ausgezeichneten Sprachkenntnisse fungiert er mittlerweile sogar als Dolmetscher und hat erfolgreich eine Tischler-Lehre begonnen. Trotzdem fiel sein Asylbescheid negativ aus, ihm droht die Abschiebung. Welches Gesicht zeigt damit Österreich? Ähnliches erleben zwei Asylwerber, die in Tirol eine Pflegeausbildung absolvieren, obwohl gerade in der Pflege händeringend Personal gesucht wird. Mit welcher Unvernunft beugnet die Politik den von ihr

selbst verursachten Problemen in der Pflege oder den berechtigten Forderungen nach Integration von Flüchtlingen? Sprache und Beschäftigung sind nämlich der Schlüssel dafür. Angesichts von 200.000 fehlenden Fachkräften in Österreich werden Asylwerber, die in diesen Berufen Fuß fassen wollen, das Fremdenrecht sicher nicht aushebeln. Vielmehr würden sie der mittelständischen Wirtschaft in Österreich helfen. Aber warum lenkt hier die seit Jänner mit den Grünen regierende Volkspartei nicht ein? Offenbar zeigt sie in Migrationsfragen mit der Sicherungshaft lieber eine harte Kante. Denn negativ lässt sich in der Asylpolitik schließlich besser politisch inszenieren als positiv. So einfach ist die Gleichung. Und die Grünen? Sie tragen die Siche-

runghaft im Regierungsprogramm mit. Geht es um „Lehre und Asyl“, verhalten sie sich hingegen wie eine außerparlamentarische Opposition. Das ist grüne Rosstäuscherei in Reinkultur. Sozialminister Rudi Anschober zog einst mit seiner Petition für Asylwerber durch die Lande, in der Regierung ist er schmähst. In Tirol unterstützen die Grünen ebenfalls eine Petition, statt endlich ihre Regierungsmitglieder in Wien ernsthaft in die Pflicht zu nehmen. Bei Migration, Asyl und Fremdenrecht leben Türkis und Grün in zwei Welten, die Leidtragenden in dieser interstellaren Politik sind die gut integrierten Asylwerber. Um so wichtiger ist es deshalb, dass die Zivilgesellschaft ihre Stimme erhebt. Wenn schon der Politik das Gespür für mensch-

liche Lösungen fehlt, dann braucht es eben den Anstoß aus der Mitte der Gesellschaft; für die Vernunft und ein humanitäres Antlitz Österreichs. Wer zu Recht Integration einmahnt, damit das Entstehen von Parallelgesellschaften verhindert wird, der muss sie auch offensiv zulassen. Und den Wert von Asylwerbern in Mangelberufen positiv hervorstreichen und sie nicht mit Abschiebungen herunterputzen.

Lesen Sie dazu mehr auf Seite 4

peter.nindler@tt.com



Gastkommentar

In den Rücken gefallen

Von Fritz Gurgiser

Womit konnte die nun zu Recht wegen einer Reihe desorientierter Aussagen gescholtene EU-Verkehrskommissarin nach Hause fahren? Mit einem Blumenstrauß, einem „Glück auf“-Stein vom Brennerbasistunnel und politisch für sie wichtig: mit der Erkenntnis, dass es rund um den Brennerpass keine Einigkeit in der Transitfrage gibt. Pünktlich vor ihrem Besuch sind die Südtiroler Industrie- und Frächtervertreter der Europaregion mit ihren Forderungen nach Aufhebung der Tiroler Fahrverbote in den Rücken gefallen. Am Tag ihres Besuches hat sich der Südtiroler Landeshauptmann Arno Kompatscher für die Aufhebung des Lkw-Nachfahrverbotes, das 1989 durch das Komitee Vomp durchgesetzt wurde, und sogar für das Ende des Sonn- und Feiertagsfahrverbotes ausgesprochen. Das sitzt.

Was bleibt jetzt? Solange zwischen Kufstein, Salurn und Borghetto keine 100-prozentige Einigkeit herrscht, die eigene Bevölkerung und Regionalwirtschaft vor den Auswirkungen des Lkw-Transitverkehrs zu schützen, wird der politischen Glaubwürdigkeit der Länder in Wien, Rom, Berlin, München und Brüssel geschadet. Ausbaden müssen es wir, die wir diesen einzigartigen Gebirgsraum von unseren Eltern geerbt haben und an unsere Kinder und Enkel weitergeben werden. Nicht als 2,5 Millionen „starke Transitschleuder“, sondern als Lebens- und Wirtschaftsraum.

Es ist deshalb ein Muss, diese Einigkeit auf Bürgerseite einzufordern.



fritz.gurgiser@a1.net

Fritz Gurgiser ist Obmann des Transitforums Austria-Tirol.

Frage des Tages (1501 Teilnehmer)

In vielen Tiroler Kindergärten und Schulen dürfen Kinder auch im Fasching keine Spielzeugwaffen mitbringen. Finden Sie das richtig?

27% Ja, unbedingt! Spielzeugwaffen haben in Bildungseinrichtungen nichts verloren.

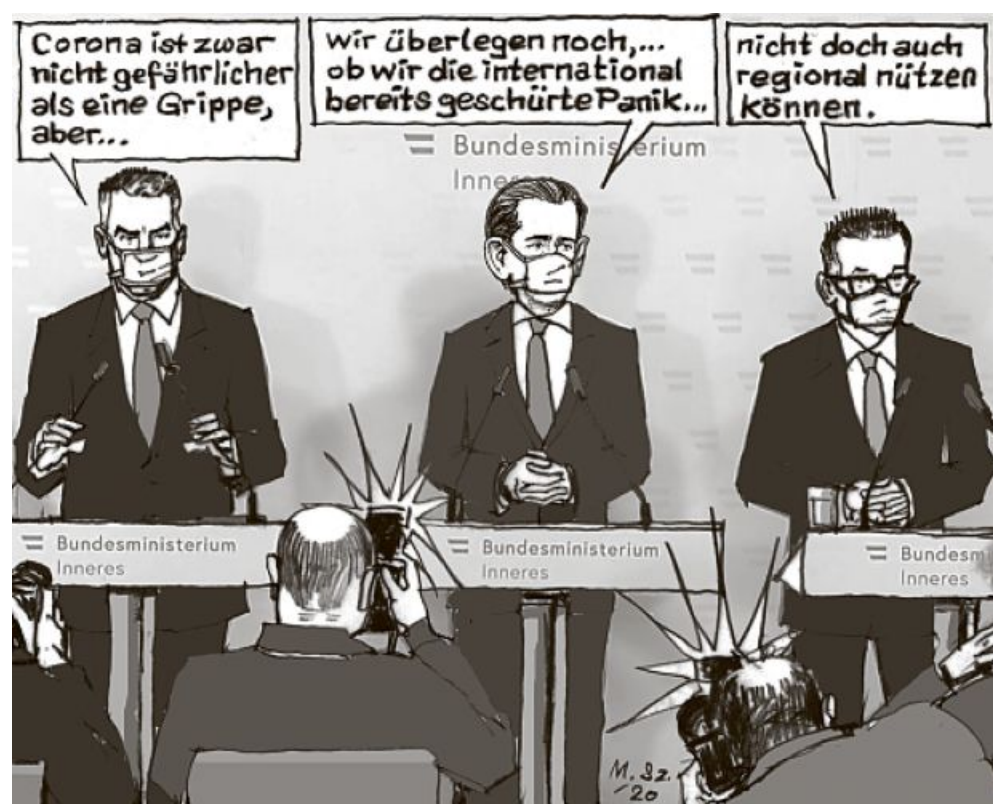
58% Nein, Spielzeugwaffen gehören zu Cowboy, Polizist oder Ritter einfach dazu. Da wird wieder einmal maßlos übertrieben.

15% Spielzeugwaffen können die Vorstufe zu Gewalt sein und gehören generell verboten.

Die Umfrage finden Sie auf www.tt.com



Karikatur



Kopf des Tages

Politik ist für ihn keine Show, sondern Ernst

Peter Tschentscher (Bürgermeister von Hamburg)

Er hat Stimmen verloren, wird aber dennoch von Deutschlands Sozialdemokratie wie ein Held gefeiert. Peter Tschentscher, Bürgermeister der zweitgrößten Stadt Deutschlands, konnte mit der SPD die Mehrheit bei der Bürgerschaftswahl verteidigen. Keine Selbstverständlichkeit, sah es doch vor einigen Monaten noch so aus, als könnten die Grünen die neue Nummer 1 in Hamburg werden. Der Abstand zum Regierungspartner ist zwar stark geschrumpft, aber doch deutlich geblieben.

Es ist vor allem sein Verdienst und etwas, das ihm vor knapp zwei Jahren fast niemand zugetraut hat. Damals übernahm er den Bürgermeistersessel von Olaf Scholz, der als Vizekanzler in die Bundesregierung wechselte. Tschentscher war damals zwar schon Hamburger Finanzsenator, doch seine besonnene Art versprach nicht unbedingt einen kraftvollen Wahlkämpfer. Skeptiker sollten sich täuschen. Den Grünen hat er sogar das Klimaschutz-Thema streitig gemacht. Die Hansestädter gewann er aber mit seiner überlegten, unaufgeregten Art für sich: Sie mögen ihn. Dass er sich von der Bundespartei und deren neuer Spitze distanziert, verzeihen sie gerne.

Aufgewachsen ist der gebürtige Bremer mit drei Brüdern im niedersächsischen Oldenburg. Das Medizinstudium verschlug ihn nach Hamburg an die Universität, an der er 1995 promovierte und sich 2008 habilitierte. Seit 1998 ist Tschentscher verheiratet, das Paar hat einen erwachsenen Sohn. Der HSV-, Udo-Lindenberg- und Krimi-Fan spielt immerhin so gut Klavier, dass ihn ein Jazz-Pianist im Jänner in der Elbphilharmonie für ein Duett auf die Bühne holte. Ein wenig Wahlkampfhilfe dürfte das aber schon gewesen sein.

Politisch hat sich Tschentscher früh engagiert. Er habe als Schüler gegen Atomkraft, Berufsverbote und das atomare Wetttrüsten demonstriert, erzählt er. SPD-Mitglied ist er seit 1989, in die Bürgerschaft, also den Landtag, zog er 2008 ein. 2011 gab er seinen Job als Arzt auf und trat in die Landesregierung ein. Dort bleibt er wohl die nächsten fünf Jahre – als Ministerpräsident. (dpa, sta)



Lesen Sie dazu mehr auf Seite 11

Analyse

Bauern und Handel im ewigen Clinch

Von Max Strozzi

Hofer, Spar und die Rewe-Gruppe (mit Billa, Merkur, Adeg, Penny und Bipa): An den drei großen Handelsketten kommen in Österreich weder Konsumenten noch Produzenten vorbei. Das Trio teilt sich 84 Prozent des heimischen Lebensmittelhandels. Eine Dominanz, die in kaum einem anderen Land so augenscheinlich zutage tritt. An dieser Macht, die im Lauf der Zeit auch durch die Behörden – sprich die Wettbewerbsbehörden – ermöglicht wurde, entzündeten sich regelmäßig Konflikte. Kunden und Konsumentenschützer sind Lebensmittel oft zu teuer, den Bauern dagegen oft zu günstig. War im Vorjahr Rewe das Ziel bäuerlichen Unmuts, ist es nun Spar, bei dem morgen demonstriert wird.

Landwirte sind gleich mehrfach in der Zwickmühle. Tirols großteils kleinstrukturierte Bauernschaft muss sich gegen landwirtschaftliche Konzernstrukturen behaupten. Die

Eigenmarken der Handelsketten konkurrieren im Regal zunehmend mit den bäuerlichen Qualitätsschienen. Und auch viele Kunden müssen bei allem Qualitätsbewusstsein gerade im teuren Tirol auf Geld schauen, um eine Familie durchzufüttern.

Hinzu kommt die politische Gemengelage: Aus dem EU-Topf drohen empfindliche Kürzungen der Agrargelder, und im Bauernbund stehen Wahlen an – da kommen womöglich Handelsketten als Blitzableiter auch nicht gerade ungelegen. Zudem müssen politische Vertreter den Bauern auch erklären, warum auf europäischer Ebene etwa das Mercosur-Handelsabkommen mit Südamerika zugunsten von Industrie und Tourismus vorangetrieben wird, während den heimischen Landwirten dadurch weitere Konkurrenz aus Massentierhaltung droht. Schon jetzt ist es höchst hinterfragenswert, wenn, wie kürzlich erlebt, in einem hochwertigen Restaurant Fleisch vom Angusrind aus Argentinien oder vom Rind aus Uruguay mitunter billiger ist als eines vom heimischen Kalb. Da sind die Sorgen der Bauern in Summe nachvollziehbar. Weshalb die morgige Demo mit ziemlicher Garantie wohl nicht die letzte sein dürfte.

Lesen Sie dazu mehr auf Seite 15



strozzi@tt.com